

KPÖ INFORMIERT

Die linke Alternative bei der Landtags- und Gemeinderatswahl

Widerspruch ist wählbar

Die KPÖ kandidiert bei der Landtagswahl in allen fünf Wahlkreisen mit 45 KandidatInnen und steht damit am 27. September 2009 flächendeckend in ganz Oberösterreich als die linke Alternative zur Wahl.

- Spitzenkandidat im Wahlkreis Linz-Umgebung sowie auf der Landesliste ist der Journalist und KPÖ-Landessprecher Leo Furtlehner (Jahrgang 1951).

Im Wahlkreis Innviertel steht der Rauchfangkehrer Ernst Zauner (Jahrgang 1956) aus Friedburg, im Wahlkreis Hausruckviertel der Al-

ten Gemeinderatswahlen hat die KPÖ Wahlvorschläge in Linz mit 29 KandidatInnen (Spitzenkandidatin Mag^a Gerlinde Grün), in Steyr mit vier Kandidaten (Spitzenkandidat Manfred Haslinger), in Wels mit sieben KandidatInnen (Spitzenkandidat Leo Mikesch) sowie in Schwertberg mit zwei Kandidaten (Spitzenkandidat Gernot Lüftenegger) und in Langenstein ebenfalls mit zwei KandidatInnen (Spitzenkandidat Josef Fehrerberger) eingereicht.

- Die KPÖ ist damit auch bei der Gemeinderatswahl für rund ein Viertel der Bevölkerung von Oberösterreich wählbar.

KPÖ: Die Linkspartei

Weil sich ÖVP, SPÖ und Grüne in der politischen Mitte drängeln und mit FPÖ, BZÖ und Christenpartei ein Überaufgebot von rechts droht ist die KPÖ bei dieser Wahl die einzige deklarierte Linkspartei.

Die KPÖ hat ihre Positionen zur Wahl in einem Wahlprogramm zusammengefasst. Schwerpunkte sind die Ablehnung, dass die Lohnabhängigen für die Kosten der Krise aufkommen sollen, die Kritik am politischen Mißbrauch des Themas Sicherheit und die Auseinandersetzung mit der Rechtsentwicklung.

- Als linke Alternative will die KPÖ vor allem gesellschaftskritische Menschen ansprechen, die sich von den etablierten Parteien abwenden und unabhängig vom Argument der „verlorenen Stimme“ ein Signal gegen neoliberale Politik und Rechts-



Leo Furtlehner, geb. 1951, Journalist, KPÖ-Landessprecher und Spitzenkandidat bei der LT-Wahl



tenfachbetreuer Leo Mikesch (Jahrgang 1950) aus Wels, im Wahlkreis Traunviertel der Tischler und Betriebsrat Manfred Haslinger (Jahrgang 1967) aus Steyr und im Mühlviertel die Juristin und Betriebsratsvorsitzende Mag^a Karin Antlanger und (Jahrgang 1958) an der Spitze der Liste.

Auch bei der Gemeinderatswahl

Bei den gleichzeitig stattfindenden

Worum es geht

Rund 80 Prozent aller wesentlichen Kompetenzen sind bereits auf EU-Ebene angesiedelt – mit voller Zustimmung der österreichischen Regierung und des Parlaments.

Der hochbezahlte Landtag kann faktisch kaum noch etwas entscheiden. Zunehmend wird zum Hindernis, dass in dem kleinen Österreich neun verschiedene Jugendschutzgesetze, Bauordnungen oder Hundehaltegesetze existieren.

Auch bei dieser Wahl geht es also um die großen, grundsätzlichen Fragen. Etwa ob für die Folgen der vom Kapitalmarkt ausgelösten Wirtschaftskrise die Lohnabhängigen zahlen müssen oder ob dafür Kapital und Millionenvermögen, die jahrelang kräftig profitiert haben, höher besteuert werden.

Für die KPÖ stehen daher bei dieser Wahl die Verteilungspolitik und grundsätzliche Kapitalismuskritik im Mittelpunkt.

Die **superrote** Variante.

Infos: Telefon +43 732 652156, Mail: ooe@kpoe.at
Web: ooe.kpoe.at, myspace.com/kpoe_linz

KPÖ

Die "rote Liste"

Wahlkreis 1 (Linz-Umgebung)

1. Furtlehner Leo, 1951, Journalist, Linz
 2. Steiner Barbara, 1984, Studentin, Traun, Mitglied der ÖH-Bundesvertretung
 3. Schmida Michael Mag., 1972, Lehrer, Linz, Personalvertreter
 4. Friedl Edith Mag^a Dr., 1951, BHS-Lehrerin, Linz
- ... und neun weitere KandidatInnen

Wahlkreis 2 (Innviertel)

1. Zauner Ernst, 1956, Rauchfangkehrer, Friedburg
2. Staub Bärbel, 1965, Angestellte, Linz
3. Hutterer Josef, 1954, Pensionist, Braunau
4. Fend Franz, 1962, Publizist, Linz

Wahlkreis 3 (Hausruckviertel)

1. Mikesch Leo, 1950, Altenfachbetreuer, Wels
 2. Frank Gabriele, 1958, Sonderkindergärtnerin, Vöcklabruck
 3. Kreisbichler Helmut, 1960, ÖBB-Angestellter, Pichl bei Wels
 4. Gringinger-Mikesch Claudia, 1971, Kindergartenhelferin, Wels
- ... und acht weitere KandidatInnen

Wahlkreis 4 (Traunviertel)

1. Haslinger Manfred, 1967, Tischler, Steyr, Betriebsrat
 2. Hubeny Ilse, 1954, Bürobedienstete, Obertraun
 3. Alton Friedrich, 1962, Arbeiter, Steyr
 4. Krenn Erika, 1938, Landesbeamtin i.R., Bad Ischl
- ... und fünf weitere KandidatInnen

Wahlkreis 5 (Mühlviertel)

1. Antlanger Karin Mag^a, 1958, Juristin, Linz, Betriebsratsvorsitzende
 2. Kepplinger Christoph Mag., 1981, Literaturwissenschaftler, Hagenberg im Mühlkreis
 3. Gezer Baris, 1986, Fleischhauer, Schwertberg
 4. Hofmann Werner, 1955, Laborant, Linz
- ... und drei weitere KandidatInnen

Nichtzulassung der NVP ist ein Erfolg der Antifa-Bewegung:

Wachsam gegen Rechts

In den letzten Jahren haben Rechtsextremismus, Neonazismus und Fremdenfeindlichkeit in besorgniserregendem Ausmaß zugenommen. Verfassungsschutzbericht und Dokumentationsarchiv stimmen dabei überein, dass Oberösterreich ein Zentrum des organisierten Rechtsextremismus ist.

Vorfälle wie im Mai in Ebensee, wo Jugendliche die TeilnehmerInnen einer Befreiungsfeier mit Nazi-Parolen und Attrappen von Schusswaffen angriffen, sind Ergebnis einer jahrelangen systematischen Bagatellisierung rechtsextremer Tendenzen, wie sie etwa von der FPÖ seit Jahren gezielt betrieben werden.

Keine Koalition mit der FPÖ

Unerträglich ist daher auch die Wahl des für seine rechtsextremen Kontakte bekannten FPÖ-Politikers Graf als 3. Parlamentspräsident durch ÖVP und auch einige SPÖ-Abgeordnete. Die KPÖ begrüßt den Appell des Widerstandskämpfers Hans Marsalek keine Koalition mit der FPÖ einzugehen.

- Es ist bedeutender Erfolg der antifaschistischen Bewegung, dass die Landeswahlbehörde die Kandidatur der rechtsextremen Nationa-



len Volkspartei bei der Landtagswahl nicht zugelassen hat. Die KPÖ hat durch zahlreiche Aktivitäten dazu beigetragen und fordert weiterhin das Verbot der NVP.

Die 50 reichsten Familien besitzen 82 Mrd. Euro:

Wo das große Geld ist...

Die Regierung predigt unterstützt von Wirtschaft, Medien und ExpertInnen das Sparen - und holt sich das Steuergeld der Lohnabhängigen zur Sanierung der Krise. Geschont werden die Superreichen, die trotz Krise immer noch enorme Vermögen besitzen.

Die Statistik spricht für sich: Nur ein Prozent der österreichischen Bevölkerung besitzt ein Drittel des gesamten Vermögens, weitere neun Prozent das zweite Drittel - die restlichen 90 Prozent dürfen sich das letzte Drittel teilen.

Österreich ist durch die Politik der Regierungen - egal ob schwarzblau oder rotschwarz - zu einer Steueroase verkommen: Nirgendwo in der EU sind die Steuern für Kapital und Vermögen so niedrig.

Ein Beispiel dafür sind die vom damaligen SPÖ-Finanzminister Lacina geschaffenen Privatstiftungen: Alles was Rang und Namen hat, legt

auf diese Weise steuerschonend die Millionen und Milliarden an. Von Piech, Flick und Mateschitz bis Androsch, Bartenstein und Prinzhorn.

Und so besitzen laut „trend“ allein die 50 reichsten Familien Österreichs ein Finanzvermögen von 82 Milliarden Euro.

KPÖ fordert: Umverteilung jetzt!

- Daher verlangt die KPÖ eine grundlegende Umverteilung: Statt Milliarden für Banken und Konzerne muss Geld für den Sozialstaat in die Hand genommen und das öffentliche Eigentum gestärkt werden.

Was wir wollen

- Höhere Steuern auf Kapital und Millionenvermögen
- Pensionen, Gesundheit und Pflege durch Wertschöpfungsabgabe sichern
- Gesetzlicher Mindestlohn 10 Euro pro Stunde
- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden
- Armutsfeste Mindestsicherung, Arbeitslosengelder, Notstandshilfen und Pensionen
- Erhaltung des öffentlichen Eigentums statt weitere Privatisierungen
- Keine Mehrwertsteuer auf Wohnkosten, Energie und Grundnahrungsmittel
- Amtliche Preisregelung für Mieten, Treibstoffe und Energie
- Kommunaler Wohnbau mit leistbaren Mieten
- Freifahrt auf Öffis statt Transitlawine und Stau
- Energiegrundsicherung - damit keine Wohnung kalt und finster ist
- Wahlrecht für alle die hier leben unabhängig von der Staatsbürgerschaft
- Lehrlingseinstellungsgesetz gegen Jugendarbeitslosigkeit
- Beseitigung von "braunen Flecken" und NS-Relikten
- Keine Steuergelder für rechtslastige Vereine wie ÖTB und RFJ
- Verbot der NVP und anderer rechtsextremer Organisationen laut NS-Verbotsgesetz
- Erleichterung für Volksbegehren
- Gesamtschule für alle 10- bis 14jährigen
- Beschäftigungsintensiver Ausbau der Infrastruktur statt Millionen für Banken und Konzerne
- Arbeitserlaubnis für AsylwerberInnen, Abschaffung der Schubhaft und Bleiberecht
- Landesregierung verkleinern, Abschaffung des Zwangsproporz
- Zurückdrängung des Einflusses von Raiffeisen auf die Politik



Wir danken!

Die Grundmandatshürde und die 4-Prozent-Sperrklausel sollen den Einzug von Kleinparteien in den Landtag verhindern. Aber auch die Kandidatur selbst ist ein bürokratischer Hürdenlauf.

In unzähligen Gesprächen konnte die KPÖ die notwendigen 400 amtlich bestätigten Unterstützungserklärungen aufzubringen und flächendeckend kandidieren. Wir bedanken uns auf diesem Wege bei allen, die mit ihrer Unterstützungserklärung unsere Kandidatur ermöglicht haben.



KPÖ fordert soziale Sicherheit statt Polizeistaat und Überwachung

Unsicherheit wird gemacht

Scharf kritisiert wird von der KPÖ der politische Missbrauch des Themas Sicherheit. Die Sicherheitsmanie einiger Parteien widerspricht den Fakten (so ist laut Innenministerin Fekter Linz die sicherste Landeshauptstadt) und erzeugt bewusst Unsicherheit.

Dahinter steht eine gezielte Ablenkung von wirklichen Problemen, es werden Feindbilder und die Profitinteressen der Sicherheitsbranche bedient und eine zunehmende Privatisierung öffentlicher Aufgaben etwa durch Stadtwachen oder Bürgerwehren betrieben.

Die Polizei wird zum Unsicherheitsfaktor: Etwa wenn am 1. Mai 2009 in Linz friedliche Demonstrationen niedergeprügelt werden, wenn ein Linzer ÖVP-Gemeinderat

als Polizist illegale EKIS-Abfragen zur Bespitzelung von Nachbarn durchführt oder wie kürzlich in Krems jugendliche Einbrecher einfach niedergeschossen werden.

- Der Linie der etablierten Parteien zum autoritären Staat und zur Aufrüstung von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten stellt die KPÖ die Notwendigkeit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit und der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums gegenüber.

Antwortkarte

Bitte sendet mir folgender Materialien:

- Wahlprogramm Landtagswahl
- Postkarten (5 Motive)
- Aufkleber (5 Motive)
- Feuerzeug "Superrote Variante"
- T-Shirt "SuperroteR" (5 Euro)
- Probenummer "Café KPÖ"
- Probenummer "Die Arbeit"
- Probenummer "Volksstimme"

Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und absenden.

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Porto zahlt der Empfänger!

**KPÖ-Oberösterreich
Melicharstraße 8
4020 Linz**



Magª Gerlinde Grnn, geb. 1968, Sozialpädagogin, Spitzenkandidatin der KPÖ bei der Gemeinderatswahl in Linz

Warum die KPÖ?

Die BürgerInnen sind den Sachzwängen einer neoliberalen Standortpolitik ausgeliefert. Diese Politik bedeutet die Unterwerfung aller Belange des Lebens in Linz unter die Erfordernisse der wirtschaftlichen Verwertbarkeit.

Derzeit tritt niemand im Gemeinderat dieser neoliberalen Zurichtung der Stadt mit der nötigen Vehemenz entgegen. Die KPÖ will vor allem die Interessen jener, die bis dato keine Stimme in der Kommunalpolitik hatten vertreten und ihnen eine Stimme verleihen.

Eine Vertretung der KPÖ im Gemeinderat zu erreichen ist nicht nur notwendig und möglich, sondern auch realistisch. Sie bedarf allerdings großer Anstrengung aller jener die eine linke Stimme in der Linzer Kommunalpolitik wollen. Dafür ersuche ich um Unterstützung.

Aktuell, Nummer 4a, September 2009 - Medieninhaber (Verleger), Herausgeber: KPÖ-Oberösterreich, Melicharsstrae 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank 480 2195 00 (BLZ 15.000); Druck: Digitaldruck.at

Magª Gerlinde Grnn: Nichts als Widerspruch und lästige Fragen

Superrote Variante für Linz

Unter dem Motto „Wir versprechen nichts als Widerspruch und lästige Fragen im Gemeinderat“ tritt die KPÖ in Linz bei der Gemeinderatswahl am 27. September als „die superrote Variante“ an.

Das Wahlziel der KPÖ ist der Wiedereinzug in den Gemeinderat. Bei der letzten Gemeinderatswahl im Jahre 2003 fehlten der KPÖ mit 1.355 Stimmen bzw. 1,53 Prozent nur 33 Stimmen für ein Mandat im Linzer Stadtparlament.

● Spitzenkandidatin der KPÖ ist die Sozialpädagogin Magª Gerlinde Grnn (41).

Auf den weiteren Plätzen kandidieren der Buchhalter und KPÖ-Bezirksvorsitzende Roland Hochstger (43), die BHS-Lehrerin Magª Dr. Edith Friedl (58), der Sozialarbeiter und Neustart-Betriebsrat Jrg Weiß (44), die Diplompädagogin und Betriebsratsvorsitzende von Zentrum Spattstrae Heike Fischer (46), der Lehrer und Personalvertreter Mag. Michael Schmida (37), die Schriftstellerin Eugenie Kain (49), der Student Christopher Frank (33), die Angestellte Bärbel Staub (44) und der Magistratsbedienstete und Personalvertreter bei den Linzer Stadtgärten Max Mller (40). Insgesamt tritt die KPÖ mit 29 KandidatInnen an.

Wichtige Anliegen

In einem Wahlprogramm hat die KPÖ ihre wichtigsten Anliegen für die Linzer Kommunalpolitik zusammengefasst. Es sind dies die Entwicklung direkter Demokratie, die Bekämpfung neuer Armut, die Stärkung der Frauenrechte, Vorrang für den öffentlichen Verkehr, Schutz für den Lebensraum Stadt, Erhaltung und Ausbau des öffentlichen Eigentums, Absicherung des kulturellen

Lebens auch nach Linz09 und konsequente Bekämpfung des Faschismus.

Gegen neue Armut

Ein besonderer Schwerpunkt der KPÖ um der wachsenden Armutsgefährdung entgegenzuwirken ist die Durchsetzung einer Energie-



grundsicherung damit im Winter keine Wohnung kalt und finster wird weil jemand Heizung oder Strom nicht mehr bezahlen kann.

● Ebenso tritt die KPÖ für die Freifahrt auf öffentlichen Verkehrsmitteln ein um diese im Sinne einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik aufzuwerten und ein wirkliches Gegengewicht zum ausufernden Individualverkehr zu schaffen.

Die superrote Variante. KPÖ